

## **Rede zu Managergehältern** (Plenarsitzung vom 19.12.2007)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. Als nächster hat der Kollege Sagel, fraktionslos, das Wort.

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der durchschnittliche Vorstandsvorsitzende eines DAX-Unternehmens hat 2005 insgesamt 3,9 Millionen € verdient – fast 150 Mal so viel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer.

Laut Aktiengesetz sollen die Gesamtbezüge in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben des Vorstandsmitglieds und zur Lage der Gesellschaft stehen. Unternehmenskrisen wie bei BenQ oder Produktions- und Lieferprobleme bei Airbus zeigen aber, dass die bisherigen Bestimmungen im Aktiengesetz nicht ausreichen, um zu garantieren, dass die Vorstandsgehälter in einem angemessenen Verhältnis zur Lage der Gesellschaft, aber auch zur Leistung der Vorstandsmitglieder stehen.

Darüber hinaus garantiert das Aktiengesetz nicht, dass die Vorstandsgehälter in einem angemessenen Verhältnis zur Entwicklung des Lohns bzw. des Gehalts der übrigen Beschäftigten bleiben. Die Ertragskraft und damit die langfristige Entwicklung eines Unternehmens kann durch unverhältnismäßig hohe Vorstandsvergütungen geschwächt werden.

Die fehlende Regulierung der Vorstandsgehälter hat vor allem aber auch gesellschaftliche Folgen. Die großen und weiter steigenden Einkommensunterschiede bilden eine Grundlage für sozialen Unmut in Betrieben und in der Bevölkerung insgesamt. Dies schmälert nicht nur die Leistungsbereitschaft der Bevölkerungsmehrheit, sondern auf Dauer auch den sozialen Frieden.

Deshalb ist es begrüßenswert, dass nun auch Sie von der SPD das Thema der überhöhten Managergehälter für sich entdeckt haben. Auch die Kanzlerin, Frau Merkel, hat auf dem CDU-Parteitag etwas dazu gesagt – allerdings ohne dass ihren Worten Taten gefolgt wären. Frau Merkel und die neoliberale FDP stellen sich vor zum Teil völlig unfähige Manager und schützen sie auch noch. Aber auch die SPD bleibt beim Umgang mit überhöhten Managergehältern unglaubwürdig. Der Vorsitzende der IG BAU, Klaus Wiesehügel, hat Recht, wenn er der SPD in Bezug auf maßlose Managergehälter Heuchelei vorwirft.

*(Minister Armin Laschet: Was verdient der denn?)*

Wenn die SPD in Bezug auf maßlose Managergehälter mehr als wohlfeile Wahlkampfparolen will, braucht sie keine Arbeitsgruppe, wie sie sie jetzt eingerichtet hat, sondern konkretes Handeln. Die gesamte SPD-Fraktion hatte noch im November den Gesetzentwurf der Linken zur Begrenzung der Managergehälter auf das Zwanzigfache des Arbeitnehmereinkommens und zum Verbot der Managerbezahlung mit Aktienoptionen in namentlicher Abstimmung im Bundestag abgelehnt.

Mit Tricksen, Täuschen, Tarnen wird die von 70 % der Deutschen geforderte Begrenzung der Managergehälter aber nicht gelingen. Geradezu skandalös ist es, wenn unfähige Manager auch noch mit Millionensummen abgefunden werden. Dieses Geld darf nicht in die Taschen der Manager gelangen, sondern muss einbehalten bleiben.

Wer eine gesetzliche Begrenzung ablehnt, muss wenigstens dafür sorgen, dass die Managermillionen angemessen besteuert werden. Klaus Wieseberg hat deshalb Recht, wenn er eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 50 % und mehr fordert. Das wäre ein geeignetes Mittel, um der Schamlosigkeit der DAX-Vorstände Einhalt zu gebieten. Gleiches gilt für die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine umfassende und gerechte Erbschaftsteuerreform. Aber dazu ist von der Großen Koalition in Berlin und auch von Ihnen hier nichts zu hören.

Das geschlossene Aufheulen der Wirtschaftsverbände und die neuerliche Drohung mit der Verlagerung von Konzernzentralen können jedenfalls kein Maßstab für die notwendigen politischen Entscheidungen sein. Den Karren ziehen nicht die Manager, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Doch die müssen auch 2007 und 2008 wieder eine reale Minusrunde quittieren. Das ist die Realität. Mir geht die Forderung der SPD-Fraktion nicht weit genug. Ich hätte erwartet, dass Sie konkrete Aussagen zu steuerlichen Regelungen machen, insbesondere was die Vermögensteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine tatsächlich nutzbringende Erbschaftsteuerreform angeht. Das wäre im Übrigen auch für das Land Nordrhein-Westfalen gut, aber auch da ist von Ihnen im gesamten Parlament keinerlei Initiative zu erkennen. Das ist mehr als bedauerlich. Deswegen werde ich Ihrem Antrag auch nicht zustimmen. Er geht mir nicht weit genug.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die SPD-Fraktion hat sich Kollege Schmelzer zu Wort gemeldet.